

2 ha bis ca.  
 12 bis 14  
 15 bis 17  
 18 bis 20  
 21 bis 23  
 24 bis 26  
 27 bis 29  
 30 bis 32  
 33 bis 35  
 36 bis 38  
 39 bis 41  
 42 bis 44  
 45 bis 47  
 48 bis 50  
 51 bis 53  
 54 bis 56  
 57 bis 59  
 60 bis 62  
 63 bis 65  
 66 bis 68  
 69 bis 71  
 72 bis 74  
 75 bis 77  
 78 bis 80  
 81 bis 83  
 84 bis 86  
 87 bis 89  
 90 bis 92  
 93 bis 95  
 96 bis 98  
 99 bis 100

**Sagedblatt für Politik,**  
 Vertheilung, Gedächtnis-  
 buch, etc.  
 Preis 20 Pf.

# Dresdner Nachrichten

**Thüre zu!**  
 Vollkommenster, selbst-  
 thätiger geräuschloser  
**Thürschliesser.**  
 75.000 St. im Gebrauch.  
 Prospect gratis u. franco.  
**Curt Heinius.**  
 Königl. Hof- u. Maschinenbau-  
 Dresden-N.,  
 Kurfürststr. 1, Ecke Theaterstr.  
 (Eingang durch H. Nr. 2000)

**Liebe's Sagradawein.**  
 Auszug frischer coarsa sagrada (1 gr. - 1 rem), kein Gehältnis, reiner  
 ohne Nachtheile, kann Jäger und im jeden Alter gebraucht werden; seiner  
 Milde halber von zahlreichen Herren Ärzten starkwirkenden Abführ-  
 mitteln vorgezogen. Flaschen Mk. 2,25 und 1,50 in den Apotheken.  
 Dresden, 1895.

**Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15**  
 empfiehlt in grösster Auswahl:  
**Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Kichen-  
 und Landwirthschafts-Geräthe.**

**Chinawein, Magentropfen, Königl. Hofapotheke, Dresden.**  
 vorzügliches Stärkungsmittel für Re-  
 convalescenten. Flasche 3 Mark, mit  
 Eisen 3 Mk. 50 Pf. Dr. Ziegler's  
 Appetit anregend, Verdauung  
 befördernd. Flasche 1 Mk. 50 Pf.  
 Versandt nach auswärts.

Gegründet 1867.  
**Bettfedern und Daunen,**  
 genähte Inlets in jeder Preislage empfiehlt das  
**Special-Geschäft von Julius Udluft**  
 An der Mauer 3 Egl. Hoff. Ecke Seestrasse.

## Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 88. Spiegel: Neues Präsidium des Reichstags. Nachrichten, Einsetzung des Oberbürgermeisters, Hochwasser und Vermuthliche Witterung: Freitag, 29. März.

### An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten“ ist es notwendig, die Bestellungen auf das zweite Vierteljahr 1895

bei dem betreffenden Postamt sofort bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei dem Kaiserl. Postamt in Dresden vierteljährlich 2 Mark 75 Pf., in Österreich-Ungarn 2 M. 53 Kr. und im Auslande 2 Mark 75 Pf., mit entsprechendem Postzuschlag.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Österreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Alle Bestellungen sind unter Angabe der unterzeichneten Geschäftsstelle während der Geschäftsstunden zu machen.

Neue und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte Wohnungsänderungen in Dresden, wolle man entweder persönlich oder schriftlich — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“,  
 Marienstraße 38, Erdgeschoss.**

### Politisches.

Es ist doch eigentlich recht schade, daß nicht Viktor Singer oder August Bebel auf einem der Präsidentenfeiern des Reichstags Platz genommen hat. Denn ausdrucksvoller und wirklicher konnte doch der Geist der heutigen Reichstagsmehrheit nicht dargestellt werden, als daß einer der „Genossen“ an ihre Spitze tritt, die wenigstens keinerlei Hehl daraus machen, daß sie die Todfeinde jeder nationalen und vaterländischen Politik sind. Welchen tiefen Eindruck würde es bei den Reichstagsmitgliedern und den Franzosen erzeugt haben, wenn ihnen bei der Eröffnungsfest der Nordostsee-Kanal Herr Singer als offizieller Vertreter der deutschen Volkvertretung vorgestellt worden wäre! Wenn sie dann zu Hause erzählt hätten, daß der deutsche Reichstag durch einen feilschenden Vorkämpfer der wahren Internationalen repräsentiert werde, dann hätte bei unsrer Nachbarn der Glaube an Boden gewinnen müssen, daß es Zeit sei, loszuschlagen, um die deutsche Einheit wieder zu zertrümmern. Man begreift nicht recht, warum die Sozialdemokratie, die doch unter den antiliberalen Ideen Mehrheitsparteien nächst dem Centrum die bei Weitem häufigste Fraktion ist, freiwillig auf den ihr zukommenden Anbruch verzichtet hat. Sollte die Woffenbrüderlichkeit zwischen Ultramontanen, Freisinnigen und Sozialdemokraten schon einen so herzlichen Charakter angenommen haben, daß die Umstürzler nur um deswillen der ihnen gebührenden Vizepräsidentenstelle entfielen, um dem liberal-freisinnigen Reichstagspräsidenten die Ausübung der Pflicht der Neuverpflichtung nach Außen nicht zu erschweren oder unmöglich zu machen? Der vorgewählte Vorstand der Reichstagsmehrheit scheint zwar, wohl in Erwägung, daß der Kaiser ihr Gebahren mit dem Auslande „tiefer Entrüstung“ getrandelt hat, davon Abstand nehmen zu wollen, bei dem Monarchen eine Audienz nachzusuchen; aber die neugewählten Präsidenten wollen doch wenigstens ihrer Partei bei dem Hofmarschallamt abgeben. Auch dieser Form würden sie nicht einmal genügen können, wenn Herr Singer in das Reichstagspräsidium gewählt worden wäre. Eine Visitenkarte mit der Aufschrift: „Paul Singer, erster Vizepräsident des Reichstags“ würde man im Hofmarschallamt wohl schwerlich in Empfang nehmen. Inwiefern dürfte die Sozialdemokratie wohl weniger die Mühsal auf diese Vizepräsidentenstelle abzugeben haben, als die heimliche Ahrdt vor einer sofortigen Reichstagsauflösung, die doch wohl als Antwort auf die Wahl eines „Genossen“ zum zweiten oder dritten Vorsitzenden des deutschen Parlamentes hätte erfolgen müssen. Vielleicht ist bei dem Verzicht auch die Ueberzeugung maßgebend gewesen, daß die Geschäfte des Amtsurges auch bei dem jetzigen Präsidium in guten Händen sind.

Als Herr und Meister im Reichstoge fühlt sich recht Herr Eugen Richter, der schon am Sonnabend im Namen seiner Verbündeten vom Centrum und der Sozialdemokratie erklärte, daß der Reichstag auch ohne die Herren v. Loeckow und Büchlin fertig werden würde und daß auch andere Abgeordnete sich finden würden, die das Präsidium zu führen im Stande wären. Man wird zunächst abwarten haben, ob die neugewählten Präsidenten den Befehlsnachweis für die parlamentarische Geschäftsführung erbringen werden. Bei Herrn v. Buol erscheint das schon jetzt wegen seiner Schwerhörigkeit zweifelhaft, da doch nicht alle Redner über ein so lungenträgliches Organ wie beispielsweise Herr Eugen Richter verfügen. Die „Vossische Zeitung“ berichtet, daß Herr Schmidt-Bingen der geeignetste Mann sei, den die freisinnige Volkspartei für den Posten der ersten Vizepräsidentenstelle präsentieren konnte; in demselben Athemzuge sagt es, es sei verblüffend, daß auch die zweite Vizepräsidentenstelle dem Centrum überlassen werde, das Centrum gewinne damit einen Einfluß, der seiner Zahl nicht entspreche. Die biedere Tante Hof übersieht hierbei ganz, daß die freisinnige Volkspartei, die nur über den zwanzigsten Theil der Mitglieder des Reichstages verfügt, doch noch weit weniger ein Anrecht auf eine Vertretung im Präsidium besitzt, als das Centrum, das mit seinen 90 Mitgliedern und dem weißlich-polnischen Anhang numerisch die stärkste Partei ist. Der neue zweite Präsident Reinhold Schmidt, Fabrikbesitzer aus Ober-

Feld, der in der Nachwahl für den Preis Bingen gewählt wurde, gehört nach ultramontaner Ansicht zu den „unpopulärsten und lächlichsten Freisinnigen“. Es wird auch gemunkelt, daß er sich des Wohlwollens des Kaisers zu erfreuen habe. Herr Schmidt wird als ein Herr von sehr angenehmem Aussehen angesehen, er soll in seinem Auftreten eine Eleganz besitzen, die, wie ein Berliner Blatt etwas behauptet, eigentlich Eugen Richter's neheimes Mißfallen erregen muß. Nach einer löbliche Eigenschaft bezieht der Nachfolger Büchlin's: er ist, wie es scheint, kein Freund der Vieltheorie. Ein Berliner Blatt berichtet über ihn: „Auf der Journalisten-Tribüne erregte sich Schmidt großer Beliebtheit, da er immer so seltene Schlußsätze zu stellen wußte. Ist, wenn die Debatte wieder wogte und brandete und die Reichstags-Ciceros aus der Erde wuchsen, wie die Fische nach dem Sommerwogen, richtete sich das Auge derer, die alle diese Weisheit über sich ergehen lassen mußten, mit schuldigen Hosen auf Schmidt-Bingen, und seine Verdringung durchog Aller Herzen, wenn dann Schmidt mit eloquentem Schalle, ein Blatt Papier in der Hand, die Reihen durchwandelte und Intercessionen zum Schlußsatze sammelte. „Es wird aus, Schmidt sammelt“, tönte es dann freudig von Mund zu Mund.“

Daß einem Ultramontanen die Würde eines ersten Vizepräsidenten zurecht geht, ist im deutschen Reichstoge noch nicht dagewesen; aber eine ganz außergewöhnliche Erscheinung im parlamentarischen Leben bietet die Thatsache, daß eine und dieselbe Partei, obwohl sie nur den vierten Theil des Hauses darstellt, zwei von den drei Posten des Vorstandes bezieht. Herr v. Buol ist der siebente in der Reihe der Reichstagspräsidenten. Auf Simon folgte 1874 sein Zwillingsgenosse, der Nationalliberale v. Fovetshof, der 1879, als er in Folge der nationalen Schicksalsfälle in schroffen Gegensatz zu der Reichstagsmehrheit trat, sein Amt an den Konserwativen v. Seidewitz abtrat. Seitdem ist das Präsidium in den Händen der Konserwativen verblieben. Vier Tage bekleidete das Amt Graf Anton von Posadowski. Nach ihm kamen v. Gögler und v. Loeckow, der 1881, als er aus dem Reichstoge ausschied, die Würde an v. Webel-Fresdorf abtrat. Derselbe folgte 1888 abemals Herr v. Loeckow. Bis 1879 war das Centrum im Präsidium überhaupt nicht vertreten gewesen; seitdem hat es mit einer einzigen kurzen Unterbrechung im Jahre 1887 stets die erste Vizepräsidentenstelle innegehabt. Graf Posadowski hielt es vorgezogen für notwendig, seine Partei zu unterstützen, daß sie sich genöthigt gesehen habe, von dem bisherigen Besitze bei der Besetzung des Präsidiums abzusehen. Ob der Centrumsleitung nicht vielleicht schon jetzt in dem Besitze der beiden Präsidentenstellen, zu denen es durch den Abtritt des Reichstagspräsidenten gelangt ist, etwas unheimlich zu Muth sein mag? Daß das Verhalten des Centrums der Bismarckdeutung gegenüber vom ultramontanen Standpunkte aus betrachtet eine große politische Dummheit gewesen ist, werden die liberalen Herren wohl einsehen, sobald ihnen zum Bewußtsein gekommen ist, daß es mit der jetzigen Schacherpolitik, der allein sie ihre bisherigen Erfolge verdanken, auf eine geraume Zeit aus ist. Nach der unzweideutigen förmlichen Meinungsäußerung über den Reichstagspräsidenten vom 23. März hat das Centrum das Vertrauen der Regierung eingeholt und jede Aussicht auf irgend ein Zugeständniß auf frechenpolitischen Gebiete ist zu nichte. Die heutigen ultramontanen Führer haben sich durch ihre eigene Thorheit den Stempel der Regierungsunfähigkeit aufgedrückt; weder im Reiche noch in Preußen kann die Regierung in nächster Zeit mehr mit dem Centrum paktieren. Das ist eins der eckentlichen Ergebnisse der Abstimmung des 23. März.

### Zerstreute und zerstreute Berichte vom 28. März.

Berlin. Reichstag. Der von den Abg. Söhe und Müller eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Einheitszölle dahin, daß von der Einheitszölle und Letztzeit um mehr als eine Viertelzölle die höheren Verwaltungsbehörden Abweichungen um höchstens eine halbe Zölle von gewissen Zeitbestimmungen in den Arbeitsnachrichten schriftlich zur Genehmigung zulassen dürfen, wird angenommen. — Es folgt die 3. Beratung des Etats. Eine Generaldebatte findet nicht statt. Bei dem Etat des Reichstags beantragt Abg. Graf Posadowski (Welle) eine Resolution: Der Reichstag wolle die Regierung eruchen, zu veranlassen, daß Herr Marine und Reichspost ihren Bedarf an landwirthschaftlichen Produkten möglichst unmittelbar von den Landwirthen beziehen, möglichst durch Preisverträge durch mehrere Jahre und zu wechsellahigen Durchschnittspreisen. — Abg. Gomp (Wp.) wünscht eine gleiche Begünstigung wie für die inländischen Landwirthe auch hinsichtlich der forstwirthschaftlichen und industriellen Erzeugnisse im Lande. Die Resolution Posadowski sei zu einseitig und nicht genügend vorbereitet und der Antragsteller läßt sie unzulänglich. — Abg. v. Fiedler (Wp.) äußert denselben Wunsch. Der Antrag Posadowski treffe nur den Großgrundbesitzer, aber nicht den Bauern, sofern sie sich nicht gemeinschaftlich zusammenschließen. Die Resolution wird gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt. — Bei dem Etat des auswärtigen Amtes bringt Abg. Dr. Gumbel (Centr.) die auf den Marschallstein zwischen der Reu-Ginuen-Compagnie und den katholischen Missionen bestehenden Differenzen zur Sprache. Die Missionen würden dort nicht so behandelt wie in anderen anderen Kolonien. Das Deutsche Reich solle das Landeshoheitsrecht dortselbst übernehmen und nicht einer Erwerbsgesellschaft überlassen, die kein Verstand für das Missionswesen habe. — Dr. Kautler: Auch ich kann die betreffenden Verhältnisse nur bedauern; die Missionen derselben sind verschiedener Art, zum Theil hat vielleicht der frühere Landeshaupmann im persönlichen Verkehr Manches vernommen lassen. Die Angelegenheit der Compagnie datirt seit 1885. Die Zeit der Uebertragung von Vorkäuflichen an Erwerbsgesellschaften scheint auch noch unzureichend verstrichen zu sein. Unter diesen Umständen scheint auch und taum ein anderer Weg übrig zu bleiben als der vom Vorstand

vorgeschlagene, die Compagnie zu bewegen, ihre Besitzverhältnisse wieder an das Reich abzugeben, denn auch wir und ebenfalls von der hohen Bedeutung der Missionen überzeugt. — Abg. Gumbel (Centr.) gibt ebenfalls zu, daß der Landeshaupmann sich der Reu-Ginuen-Compagnie gegenüber nicht so maßvoll und vortheilhaft gezeigt habe, wie das erforderlich war und ist auch mit der Uebertragung der Mission an das Reich einverstanden. Er liege entprechenden Vorschlägen schon im nächsten Etat zu belegen. — Bei dem Etat für Sauerbrunn erbittet Abg. v. Büchler (Centr.) noch mehrmals Auskünfte über den Fall Sauerbrunn. Sauerbrunn hätte vor den öffentlichen Richter gestellt werden sollen. Nachdem die Sache seit ein Jahr schwebt, hätte längst Alles geschieden können und müßte, was im Interesse des Reiches erforderlich ist. Weiter fragt er, ob eine direkte Anfrage an Herrn Veit ergangen sei, wor der Richter sei, gegen den gewisse Anschuldingen im Falle Veit zu Tage getreten seien. — Staatssekretär v. Winterfeldt: Eine solche Anfrage ist wohl ergangen, es wird sich das so bei der Hauptverhandlung ermitteln lassen. Die Thatsachenunter-suchung gegen Sauerbrunn konnte nicht in so kurzer Zeit zu Ende geführt werden, da die Untersuchung zunächst in Sauerbrunn erfolgen mußte und dort viele Zeugen zu vernehmen waren. Die Untersuchung ist jetzt geschlossen und der preussische Justizminister wird demnächst entscheiden, ob Sauerbrunn vor das Tribunal oder vor den ordentlichen Richter kommt. Ich hoffe, hierüber nachher Tage eine Antwort von dem Herrn Justizminister zu erhalten. — Abg. v. Büchler (Centr.) bemerkt noch, es scheint, als sei Dr. Valentini wegen seiner öffentlichen Äußerungen gegen Veit entlassen worden. — Staatssekretär v. Winterfeldt: Nicht deshalb, nicht wegen seiner Äußerungen gegen Veit ist Valentini entlassen worden, sondern weil er von seinem Schritt nicht vorher seiner vorgesetzten Behörde Mitteilung gemacht hatte. — Auf eine Anfrage des Abg. Gumbel (Centr.) bemerkt Dr. Kautler, mit der Frage der Besetzung in Südwestafrika habe sich die Regierung noch nicht beschäftigen können, es müßte das einhellige der Zielungs-Geschäften überlassen bleiben. Bei dem Etat des Reichsanstalts des Innern fragt Abg. Koenen (Centr.) an, wie es mit dem Entwurf, betr. Maßregeln gegen den unlauteren Wettbewerb, stehe. — Staatssekretär v. Büchler (Centr.) berichtet, der Entwurf würde dem Reichstoge voraussichtlich noch in dieser Session beschäftigen. (Ja, ja, Weiterheit.) Es wird das freilich davon abhängen, wie lange der Reichstoge noch belassen werden werde. Er hoffe, daß man sich nicht selbst trennen werde. — Abg. Kautler fragt, in welchem Stadium sich das Zeichen und Wettbewerbsgesetz befinden. — Staatssekretär v. Büchler: Das Zeichengesetz ist nicht eingebracht worden, weil die Zeichen einhellig belassen genug ist. Sobald die Zeit dazu gekommen sein wird, wird die Uebersetzung erfolgen. Was das Wettbewerbsgesetz betrifft, so sind die Verhandlungen mit den Reichsanstalten schon abgeschlossen. Das Gesetz wird hoffentlich in nächster Session dem Reichstoge gehen können. — Abg. Fiedler (Centr.) fragt den Gedanken einer gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine ein. — Abg. Müller (Centr.) widerlegt, wie schon mehrfach, diese Anregung, v. Winterfeldt auf den wachsenden sozialdemokratischen Charakter der Arbeiterbewegung hinweist. — Abg. Müller: Sagen Sie mir baldige Einbringung eines Reichstags- und eines Wettbewerbsgesetzes und bittet, auf die Frage der Verlesung ihre Aufmerksamkeit zu wenden. — Staatssekretär v. Büchler: Die nötige Aufmerksamkeit kann ich dem Herrn Reichstagsmitglied versprechen. (Weiterheit.) — Auf die Antwort des Abg. Müller (Centr.) nach einer Revision der Secessionen erwidert der Staatssekretär: Der technische Kommission für das Zeichen sei auch der im Vorjahre von den Sozialdemokraten eingebrachte Entwurf einer Novelle zur Zusammenfassung zugehört worden, jedoch auch dieses Material der Beurteilung der Kommission unterliege. — Bei dem Etat-Erdarium des Reichstags werden die für die Veranlagung der Schatzkassen Verträge zu einem Finanzabstimmungslage, sowie für eine Kasse in Westfalen geforderte Summe, die in zweiter Lesung gebracht werden wird, bewilligt, im Ausgleiche aber an anderen anderen Kürzungen vorgenommen. — Bei dem Ministerial, der im Vorjahre in der Lesung der zweiten Lesung bewilligt wird, enthält keinerlei bemerkenswerthe Thatsache. — Bei dem Kapitel Postwesen nimmt der Herr Abg. Altmann, um anzudeuten, was man mit der Reichsbank beabsichtigt habe, sei nicht bewilligt werden. Die Reichsbank gebe Kredit den Leuten, die ohnehin schon Geld hätten. In Betracht komme, daß die Post von Leuten nichtgerathenen Vermögens beheimlicht würde. Er sei durchaus kein Gegner des Postgesetzes (harmlose Weiterheit), aber die Reichsbank gebe das Postgeld zu sehr an jene Leute, die er wohl bedauert habe, und diese benutzten das Geld dazu, um die Leuten in ihrer kapitalistischen Anechtlichkeit zu bringen. Als es sich im Vorjahre um den Antrag der Verstaatlichung der Reichsbank gehandelt habe, sei dieser abgelehnt worden. Deshalb? In Karlsruhe habe er nun in einer Rede hierüber geäußert, es müßte das wohl davon gelegen haben, daß einzelne Abgeordnete, die den Leuten bewilligt seien, unangenehme Folgen getrachtet hätten. Beweise dafür seien allerdings schwer beizubringen. (Weiterheit.) Die Anna Kelle und Spreer habe bei diesem Anlaß ebenfalls einen Brief an Kardorff geschrieben, ob dieser angenommen sei, wäre er freilich nicht; doch sei dies sehr wahrscheinlich. Er werde ebenfalls diese Ueberzeugung auch außerhalb des Hauses wiederholen, damit die Anna Kelle und Spreer ihn verlassen könne. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) Der damalige Verstaatlichungsantrag ist mit großer Majorität abgelehnt worden. Ich habe für denselben gestimmt. Umwahr ist also die Behauptung Altmann's, ich hätte und wäre infolge eines Tölpeltricks jener Anna die der Abstimmung getheilt. Solche Behauptungen sind doch nicht Sache eines Mannes und nicht. Jener Brief ist nie an mich geschrieben worden, denn ich habe nie mit jener Anna in Verbindung gestanden. Ich so etwas nicht unrichtig? (Erdolter Geläch.) — Abg. Altmann: Die Verdächtigungen sind ganz auf Seite Kardorff's. Gelächter. Gelächter von allen Seiten des Hauses. Der Herr Reichstagsmitglied behauptet sodann noch, die Eintritte der Leuten bei den von ihm gehaltenen Versammlungen kämen nicht ihm zu, sondern den Leuten. Der oben erwähnte Brief ist thatsächlich geschrieben worden. — Ohne weitere Debatte wird der Rest des Etats erledigt. — Morgen: Gesamtministerium über den Etat. Antrag Kart.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage betreffend die Restitutionsfrage der evangelischen Geistlichen in 3. Lesung an, worauf Abg. v. Rindler eine Interpellation. Beabsichtigt die Regierung nach in dieser Session gesetzliche Maßnahmen zur Behinderung der Zutter- und Dingemittel-Verfälschungen zu ergreifen? befragt. Landwirthschaftsminister Dr. v. Hammerstein erwidert, daß wegen Abhülfe der berechtigten Forderungen des unterzeichneten Erwähnten schweben und daß darüber eine Vorlage gemacht werden soll. Ob es möglich sein würde, eine solche noch

**Hôtel de France, Dresden, Waldstrasse 15**  
 Restaurant, Kaffeehaus, Gerichte, Speisekarte.